

München, 15.07.2019

## Lieferschwierigkeiten bei Medikamenten: SPD fordert gesetzliche Meldepflicht bei absehbaren Engpässen

**Ruth Müller: Staatsregierung muss vorbeugen und sich auf Engpässe vorbereiten - Bayerische Pharmaindustrie muss gestärkt werden**

Die SPD-Abgeordnete **Ruth Müller** fordert angesichts der Medienberichte über immer häufiger auftretende Lieferschwierigkeiten bei Medikamenten die Staatsregierung auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um absehbare Engpässe aufzufangen. "Wie der Bayerische Apothekenverband anmahnt, verbringen Apothekerinnen und Apotheker in Europa im Schnitt 5,6 Stunden pro Woche damit, sich um Lieferengpässe zu kümmern. Das kann es nicht sein. Wie eine von mir gestellte Anfrage an die Staatsregierung zeigt, beziehen sich die meisten Lieferengpässe auf Antibiotika, Anästhetika, Krebsmedikamente und Impfstoffe. Das ist dramatisch. Hier muss die Staatsregierung handeln!" Ursachen dafür seien laut Aussage der Staatsregierung Produktionsverzögerungen im Ausland - vor allem in China und Indien - sowie die globale Preispolitik.

"Um Lieferengpässen vorzubeugen, müssen hier Vorkehrungen geschaffen werden. Die Staatsregierung muss genau darlegen, wo und in welchen Krankenhäusern Lieferengpässe auftreten. Darüber hinaus muss sie eine gesetzliche Meldepflicht einführen, damit das Ausmaß deutlich und der Handlungsdruck verschärft wird", betont Müller. "Klar ist: Das beste Mittel, um Engpässe aus dem Ausland zu verhindern, ist die Stärkung der bayerischen Pharmaindustrie!"